Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 40 Goldpfennige. Reklame-Petitzeile 90 Goldpfennige, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999.

Nr. 212 — Donnerstag, den 11. September 1924 — 19. Jahrgang

Schacht über Anleihe und Goldwährung.

Der Reichsbankpräsident glaubt an den Erfolg der Anleihe. — Er tritt für eine wirtschaftliche Verständigung Deutschlands und Frankreichs ein.

Paris 9. Sept.

Das „Echo de Paris" veröffentlicht den Bericht seines Berliner Korrespondenten über eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der auf die Fragen des Berichterstatters u. a. folgendes antwortete: „Die Atmosphäre ist unzweifelhaft besser geworden. Ich bin aus Rom und Genf zurückgekehrt, nachdem ich mich auch in London umgesehen habe.

Ich habe jetzt volles Vertrauen zu dem Erfolg der 800-Millionen-Anleihe,

deren Mißerfolg die Londoner Abmachungen hinfällig gemacht hätte. Natürlich bedauere auch ich es lebhaft daß die französischen Unterhändler nicht auf den Gedanken eingegangen sind, einen kürzeren Termin für die Räumung des Ruhrgebietes anzusetzen. In diesem Falle hätte man in der ganzen Welt die Anleihe mit Enthusiasmus gezeichnet; denn jeder hätte den Begriff gehabt daß man in Europa den Frieden ehrlich will. Die Anleihe ist durch eine Hypothek auf Deutschland gesichert, die durch internationale Organe kontrolliert wird. Daraus ist also auf den Wert dieser Kapitalsanlage zu schließen."

Schacht kündigte an, daß er demnächst ein Buch über die Währungslage in den letzten zehn Jahren veröffentlichen werde in dem er auch die Geschichte der Rentenmark niederschreiben werde. „Mein Ziel war immer die Rückkehr zum Gold," erklärte Dr. Schacht. Auch Frankreich könne die Rückkehr zum Goldfranken nicht vermeiden. Er habe die Ueberzeugung daß die Herstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland unbedingt notwendig seien, um den wirklichen Frieden zu schaffen. Die Verbindung des französischen Eisens mit der deutschen Kohle eröffne besonders verlockende Perspektiven.

Deutschland und Frankreich müßten sich auf wirtschaftlichem Gebiete verständigen.

Auf die Frage, ob ein französisch-deutsches Abkommen sich mit den Interessen Englands vereinigen lassen werde, antwortete Dr. Schacht: „Ich behaupte, daß eine Lösungsmöglichkeit dafür besteht den Interessen der drei Länder Rechnung zu tragen. Ich kann die Berechtigung des Standpunktes nicht anerkennen, daß England unter einem französisch-deutschen Handelsvertrag zu leiden haben würde." Beim Abschied des Besuchers wiederholte Dr. Schacht die Versicherung, daß er viel mehr Vertrauen in die Zukunft habe als noch vor einigen Monaten.

Paris, 9. Sept. Nach einer Meldung des „Petit Journal" aus Newyork finden zur Vorbereitung der deutschen Anleihe in der Zeit vom 15. bis 20. September in London wichtige Besprechungen statt, an denen vor allem der amerikanische Bankier Morgan, sein Teilhaber Lammont und der Gouverneur der Bank von England Norman teilnehmen werden.

Die Aufhebung der Zollgrenze zum besetzten Gebiet.

Die Zollschranke ist gefallen! Bereits am Dienstag war ein außerordentliches Anschwellen des Warenverkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet zu bemerken. Bereits seit Wochen lagern auf den Bahnhöfen an der Grenze des unbesetzten Gebietes ungeheure Warenvorräte, die jetzt ins besetzte Gebiet eingeführt werden. Man befürchtet lebhaft, daß der Eisenbahn es nicht möglich sein wird, den plötzlich einsetzenden Warenstrom zu meistern.

Augenblicklich werden in Koblenz Verhandlungen fortgeführt, um eine Aufhebung des interalliierten Ein- und Ausfuhramts in Bad Ems bereits vor dem ursprünglich festgesetzten Termin, den 21. Oktober, zu erreichen. Bedeutungsvoll ist weiterhin die von Deutschland gestellte Forderung, daß alle von den Besatzungsmächten bisher erzielten Zolleinnahmen dem Deutschen Reiche gutgeschrieben werden. Die Franzosen stellen sich demgegenüber auf den Standpunkt, sie hätten auch persönliche und sachliche Ausgaben gehabt, die zunächst abgezogen werden müßten.

Wieder deutsche Justizhoheit im Westen.

Berlin, 9. Sept. Die „Vossische Zeitung" meldet aus Köln: Das französische Militärkommando in Düsseldorf hat durch eine Bekanntmachung die seinerzeitige Verordnung aufgehoben, wonach gerichtliche Verfolgung wegen politischer Vergehen durch die deutsche Behörde erst einer Genehmigung seitens der Besatzungsbehörde bedurfte. Damit ist dem Separatismus ein starker Riegel vorgeschoben.

70 Prozent der Eisenbahner zurück.

Berlin, 9. Sept. Bis Sonntag abend waren 70 Prozent der ausgewiesenen Eisenbahner in das Ruhrgebiet zurückgekehrt. Nach einem in Berlin vorliegenden Bericht werden die Kriegsgerichte im Ruhrrevier am 1. November zur teilweisen Aufhebung gelangen.

Glauben an Deutschland.

Rufus Dawes erwartet raschen Aufschwung.

Berlin, 9. Sept.

Der Stellvertreter des Reparationsgeneralagenten Young Rufus Cutler Dawes, der Bruder des Generals hat Sonntag den Berliner Korrespondenten der amerikanischen Presse ein Interview gegeben und gesagt das Moment, das Deutschlands Wiederaufstieg heute noch am meisten behindere, sei der Pessimismus und die Schwarzseherei der Deutschen selber. Sie könnten sich noch immer nicht zu einer gerechtfertigten Zuversicht in ihre Kraft und Begabung aufraffen. Dabei haben die Amerikaner, die jetzt zur Ausführung des Dawesplanes nach Berlin entsandt wurden, schon nach kurzer Prüfung der seit dem Februar erfolgten Entwicklung die Ueberzeugung gewonnen, daß

Deutschland unmittelbar vor einem ganz außerordentlichen Aufschwung stehe

und heute für jeden Kaufmann der Welt ein hochinteressantes und vielversprechendes Land sei. Er habe auch bei allen Kaufleuten, die zu geschäftlichen Sondierungen nach Deutschland gekommen seien, die gleiche Ansicht gefunden, daß es für jedes weltwirtschaftliche Land nur empfehlenswert sei, jetzt mit Deutschland geschäftliche Verbindungen anzuknüpfen. Die latenten Kräfte Deutschlands hätten sich seit der Stabilisierung seines Geldes aufs schlagkräftigste bestätigt. Er selbst habe die Stabilisierungspläne im Februar nachdrücklichst befürwortet, aber er hätte nicht erwartet, daß sie in so kurzer Zeit wirklich zu einer vernünftigen und gesicherten Stabilisierung geführt werden konnten. Er wisse nicht, ob ein anderes Volk ein so schwieriges Problem mit solcher Kraft und Energie so restlos zu lösen verstanden hätte. Die außerordentliche theoretische und praktische Begabung der Deutschen sei bei diesem „Wunder" wieder einmal zum Vorschein gekommen. Man könne den Deutschen nur raten, wenigstens so viel Zuversicht zu sich selber zu fassen, wie das Ausland ihnen schon wieder entgegenbringe. Ein bißchen mehr Optimismus werde ihnen am schnellsten wieder hochhelfen.

Die neue Kontrollnote.

„Neuorganisation" der Schutzpolizei verlangt.

Rotterdam, 9. Sept. Der „Courant" meldet aus Paris: Der Botschafterrat hat in seiner Montagssitzung sich mit einem Antrag des Generals Walch hinsichtlich der Entmilitarisierung der Schutzpolizei befaßt. Dem „Journal des Debats" zufolge wird der Botschafterrat eine Vorstellung nach Berlin richten, um Deutschland an die Erfüllung der Note vom Mai d. J. zu erinnern, die die Neuorganisation der deutschen Schutzpolizei vorsieht.

Die Kriegsschuldfrage.

Die Frage der Aufrollung der Kriegsschuldangelegenheit will noch immer nicht zur Ruhe kommen. Irgendwelche amtliche Schritte konnten bisher noch nicht unternommen werden da weder der Reichskanzler, noch der Reichsaußenminister in Berlin weilen. Wie neuerdings verlautet wird jedoch der Reichskanzler voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieser Woche in Berlin wieder eintreffen. Mit der Rückkehr des Reichsaußenministers rechnet man erst Ende der Woche, oder Anfang der nächsten.

Von Berliner amtlicher Stelle wird erklärt, daß der italienische Botschafter Graf Bostari dem Staatssekretär v. Maltzahn gestern entgegen anderslautenden Meldungen keinen Besuch abgestattet habe. Heute und morgen würden natürlich auch Besuche der fremden Diplomaten erfolgen, die aber mit der Kriegsschuldfrage nicht im Zusammenhang ständen.

Berlin, 9. Sept. Von den großen Parteien liegt bis heute nur die Stellungnahme der Sozialdemokraten und der Demokraten zur Kriegsschuldfrage vor. Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand wird nicht heute aber morgen den angekündigten dringenden Schritt bei der Reichsregierung unternehmen, um eine Vertagung der Kriegsschuldnote an die Alliierten herbeizuführen. Die Demokraten äußern die gleiche Ansicht. Ihre Führer voran Herr Dernburg, betonten, der Schritt des französischen Botschafters in Berlin hätte die ungeheure Gefahr beleuchtet in die sich Deutschland im jetzigen Augenblick durch eine Aufrollung der Kriegsschuldfrage begeben würde.

Anfang Oktober Reichstag.

Die S. P. D. drängt zum Völkerbund.

Berlin, 9. Sept. Nach den heute vorliegenden Dispositionen wird der Reichstag in der ersten Oktoberwoche zusammentreten. Unmittelbar nach der Rückkehr des Reichskanzlers Marx soll eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses stattfinden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet, das unter Bezugnahme auf die Zuschrift des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Löbe an den Außenminister Dr. Stresemann von der Reichsregierung sofortige Schritte fordert, die die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund betreffen.

Tirpitz will enthüllen.

Wie aus einer Mitteilung des Cottaschen Verlages hervorgeht, arbeitet Tirpitz an einem neuen Werke, in dem er die Geheimakten seines Archives ohne Einschränkung veröffentlichen will, da das deutsche Volk ein Recht darauf habe, „die Geheimakten rückhaltlos zu kennen aus denen sich das deutsche Schicksal der letzten 20 Jahre größtenteils erklärt". Es ist nicht recht klar wen durch die Veröffentlichung der geheimen Dokumente in erster Linie getroffen werden soll. Man könnte darauf verweisen, daß der ehemalige Kaiser in seinen zu Doorn niedergeschriebenen Memoiren Herrn v. Tirpitz nicht zu sanft behandelt und daß dieser Vergeltung üben will. Jedenfalls darf man der neuen Publikation mit einiger Spannung entgegensehen.

Die Konferenz der Arbeitsminister.

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bevorstehend.

Bern, 9. Sept. Die Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Großbritanniens ging heute vormittag zu Ende. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird folgendes mitgeteilt: Es konnte festgestellt werden, daß in den meisten Punkten ihre Auffassungen übereinstimmten oder doch nicht sehr erheblich voneinander abwichen. Die Konferenz schloß demnach unter dem allgemeinen Eindruck, daß es möglich sein wird zu einer gemeinsamen Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens zu gelangen.

Kein Abbruch der Zeppelin-Werft.

Wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, ist die Befürchtung daß die Friedrichshafener Zeppelinwerft nach Ablieferung des Amerika-Zeppelins auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages geschlossen werden muß erfreulicherweise hinfällig. Frankreich besteht zurzeit nur darauf daß die große Halle 2 in der heute noch der Z. R. 3 verankert ist, abgerissen wird. Dagegen sollen die kleinere Halle und die sonstigen Fabrikanlagen der Werft bestehen bleiben.

Die Probefahrten des „Z. R. 3.

Friedrichshafen, 9. September. Die für heute projektierte dritte Probefahrt wurde wegen widrigen Windes, der ein Herausziehen des Schiffes äußerst schwierig gestaltet, auf morgen verschoben. Die große Probefahrt ist noch immer unbestimmt. Das Luftschiff wird auf dieser Fahrt seinen Hinweg voraussichtlich über Westfalen und Hamburg nehmen.

Riesenbetrug am österreichischen Staat.

Wien, 8. Sept. Die Behörden sind einem raffinierten Banknotenschwindel auf die Spur gekommen, der den Staat um viele Milliarden geschädigt hat. Nach dem Frieden von Saint Germain nämlich sind die ehemaligen Staatsschulden der Monarchie auf die Nachfolgestaaten verteilt worden, und jeder Staat hat sein Kontingent von Gold- und Bodenrenten gestempelt, weil er sie einlösen muß. Oesterreich hat sein Kontingent nicht erreicht und muß nun die fehlenden Stücke an dem Stichtage aus dem Auslande einlösen. Sie notieren aber im Auslande höher als in Oesterreich, und diese Differenz haben die Schwindler benutzt. Sie haben von solchen Noten, die in Oesterreich in Umlauf sind, den Stempel mit chemischen Mitteln entfernt und die Noten über die Grenze geschmuggelt. Etwa 15 Personen sind an dem Geschäft beteiligt das sie einmalhalb Jahre betrieben haben.